

Außerparlamentarisches

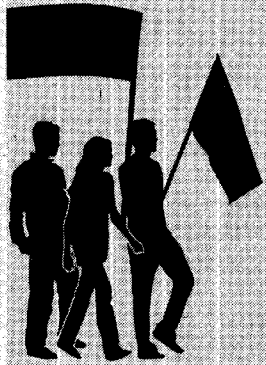


Illustration: 123RF/Sylvia Nowik [M]

Sag Nein

Friedensorganisationen ermuntern Jugendliche zum Widerspruch gegen die Weitergabe ihrer Daten an die Bundeswehr

Seit junge Männer nicht mehr zwangsweise zum Dienst an der Waffe einberufen werden, bekommt die Bundeswehr Rekrutierungshilfe von den Ämtern. Jugendliche dürfen das untersagen.

Von Ines Wallrodt

Durch den Wegfall der Wehrpflicht im Jahr 2011 ist es für die Bundeswehr schwerer geworden, Nachwuchs zu finden. Seither klagt sie über zu wenig Bewerber, aus denen sie auswählen kann. In Plakatkampagnen, Werbung bei Facebook und Instagram oder dem eigenen YouTube-Kanal versucht sie deshalb, sich als attraktiven Arbeitgeber anzupreisen – »4000 Berufe in Uniform und in Zivil«, locken die deutschen Streitkräfte Schulabgänger in ihrer aktuellen Kampagne.

Derzeit dienen bei der Bundeswehr rund 168 000 Berufs- und Zeitsoldaten, dazu kommen rund 10 500 freiwillig Wehrdienstleistende, von de-

nen in den vergangenen Jahren allerdings nicht wenige innerhalb der ersten sechs Monate die Nase voll hatten.

Um die Rekrutierung zu erleichtern, hat der Bund mit dem Soldatengesetz die Möglichkeit eröffnet, sich direkt an Jugendliche zu wenden. So geben Städte und Gemeinden jedes Jahr die Namen und Anschriften von jungen Menschen, an die Bundeswehr weiter, die im folgenden Jahr volljährig werden. Sie dürfen dann gezielt mit Werbung bombardiert werden. Anders als früher werden auch die Daten von jungen Frauen übermittelt.

Die Jugendlichen können das untersagen. Allerdings erfahren sie nur selten von diesem Recht, es sei denn, sie gehörten zur außergewöhnlichen Spezies minderjähriger Amtsblattleser. Mit einer Information in diesem behördlichen Mitteilungsorgan ist die gesetzliche Pflicht zur öffentlichen Bekanntmachung nämlich bereits erfüllt. Schon eine Information an die Presse geht darüber hinaus.

Friedensorganisationen wie die DFG-VK und die Internationale Liga für Menschenrechte wollen deshalb ihrerseits für Aufklärung sorgen und haben Musterbriefe für zwei Möglichkeiten des Widerspruchs ins Netz gestellt. Für den Einspruch bei den Meldeämtern ist es in der aktuellen Runde zu spät. Die Behörden mussten die Daten zum 31. März übermitteln. Eine Chance bleibt Jugendlichen jedoch noch: Sie können von der Bundeswehrverwaltung verlangen, ihre Daten zu löschen. Auch die Eltern sind berechtigt, dagegen vorzugehen, erklärt Wolfram Beyer, der die Liga-Kampagne »Sag Nein. Keine Personendaten an die Bundeswehr« betreut. Allerdings empfiehlt er, die betroffenen Kinder mit Unterschrift dennoch einzubeziehen. Wie viele Jugendliche jedes Jahr von ihrem Recht Gebrauch machen, lässt sich nicht sagen: In Hamburg gab es bislang insgesamt 8046 Widersprüche, andersorts werden die Zahlen jedoch gar

nicht erfasst. Auch die Bundeswehr kann mit diesen Daten nicht dienen.

Die Liga für Menschenrechte will mit der Kampagne insbesondere Jugendorganisationen erreichen, die die Informationen an die betroffene Altersgruppe weitergeben sollen. Zudem bietet sie Unterstützung bei öffentlichkeitswirksamen Aktionen an. Denn die Wirkung von individueller Verweigerung ist begrenzt, wenn keiner davon erfährt. Die Liga rät daher dazu, den Widerspruch öffentlich zu machen, »um damit ein Zeichen gegen Krieg und für Frieden zu setzen«.

Noch besser fände die Menschenrechtsorganisation, wenn die Ämter gar keine Rekrutierungshilfe mehr leisten würden. Von der Politik fordert sie deshalb, die Daten der Jugendlichen nicht länger an die Bundeswehr herauszugeben und die Wehrpflicht endgültig abzuschaffen, statt nur auszusetzen. Denn im Spannungs- und Verteidigungsfall tritt die Wehrpflicht automatisch wieder in Kraft.